

# UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

5. JAHRGANG / Nr. 3

LEIPZIG, 17. JANUAR

Preis 15 Pf

Die aus dem Rahmen fallen (Seite 5) Programm der Volkskunstwoche (Seite 6)

## Mit schöpferischem Durchdenken begonnen

Institut für Politische Ökonomie wertet in öffentlicher Institutsitzung die Moskauer Erklärung für die wissenschaftliche Arbeit aus.

Ein für alle Gesellschaftswissenschaftler unserer Universität nachahmenswertes Beispiel der Auswertung der Moskauer Erklärung und der 11. Tagung des Zentralkomitees für die Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeit gab am Sonnabend das Institut für Politische Ökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, das die Institute der Fakultät, das Institut für Marxismus-Leninismus, Vertreter der Hallenser Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie Fernstudierenden der Wifa zu einer öffentlichen

Institutsitzung in den Hörsaal III des Geschwister-Scholl-Hauses eingeladen hatten.

Die Beratung, die von Dekan der Fakultät und Direktor des Instituts für Politische Ökonomie, Prof. Dr. Heinze, geleitet wurde, zog vor allem die Schlussfolgerungen, daß es in der wissenschaftlichen Arbeit darauf ankommt, so wie in der Moskauer Erklärung kühn neue problematische Fragen unserer gegenwärtigen Entwicklung aufzuwerfen, sie durch schöpferischen Meinungsstreit und exakte wissenschaftliche Untersuchungen zu beantworten und damit die marxistisch-leninistische Theorie weiterzuentwickeln. Es wurden erste Anregungen für die Darstellung der in der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien neu aufgeworfene Probleme in den Lehrveranstaltungen im Fache Politische Ökonomie erarbeitet, und es wurde untersucht, welche Fragen auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie jetzt besonders einer gewissen wissenschaftlichen Erforschung bedürfen.

Dr. Steinitz wies in seinem Referat zur „Bedeutung der Moskauer Erklärung“ (Fortsetzung auf Seite 2)

## Wir bleiben im Gespräch

Für die Angehörigen der Karl-Marx-Universität sind die nebensächlichsten geschichtlichen Ereignisse in Marburg von besonderem Interesse, weil Vertreter unserer Universität bereits mehrfach Gelegenheit hatten, mit Wissenschaftlern und Studenten der Marburger Universität fruchtbare Gespräche über gemeinsam bewegende Fragen zu führen. Wir erinnern nur an den Besuch einer Delegation der FDJ-Organisation unserer Universität in Marburg im Mai vergangenen Jahres und an die Vorlesungen und das Podiumsgespräch über das Problem der nationalen Selbstbestimmung Ende November in Marburg (siehe dazu unser Bild, von links nach rechts: Prof. Dr. Abendroth und Klaus Horn, Marburg, Dozent Dr. Ulrich Krüger und Dr. Walter Poeggel von unserer Juristenfakultät). Mit großem Interesse waren bei den letztgenannten Veranstaltungen Hunderte Studenten sowie eine Reihe Professoren und Dozenten den Vorträgen und Gesprächen gefolgt. Aber bereits bei diesen Veranstaltungen hatten die reaktionären Kräfte, denen eine Verhinderung der Veranstaltungen nicht gelungen war, versucht zu randalieren und die sachliche Aussprache zu stören.

Nach mehr in blödsinniger Ertöse zeigten sich diese faschistischen Raudaubrüder, die als Handlanger der reaktionärsten Bonner Politiker unter dem Schutz von Schröders Polizei und aufgestachelt durch die antikommunistische Presse — die Versuchung niederzuschreien und niederzuschlagen versuchten, bei der Veranstaltung mit Dr. Dieckmann. Kein Argument in der Hand, das sie gegen die Worte unseres Volkskammerpräsidenten hätten gebrauchen können, stießen sie in ihrer Ohnmacht Verleumdungen und Mordandrohungen aus und warfen sie mit Bierflaschen. Mit diesen „Argumenten“ offenbarten sie selbst ihre Furcht vor dem Gespräch zwischen Bürgern aus der DDR mit aufrichtigen Deutschen in Westdeutschland, ihre Furcht vor der Verständigung. Doch ihr schreckendes Geschrei kann uns nicht schrecken und beirrt uns nicht, sondern wir werden weiter tun, was sie fürchten — wir bleiben im Gespräch mit allen ehrlichen Menschen in Westdeutschland und bestimmen mit ihnen zusammen die Zukunft der deutschen Nation.



Unter dem Beifall zahlreicher Studenten und unter den Bedingungen des brutalen Terrors der reaktionären Kräfte im Bonner Staat sprach am Freitag der Präsident der Volkskammer der DDR und stellvertretende Staatsratsvorsitzende, Dr. Johannes Dieckmann, vor Angehörigen der Marburger Philipps-Universität und 100 Pressevertretern im Kurhaus Marbach bei Marburg zum Thema „Welche realen Möglichkeiten gibt es für die deutsche Wiedervereinigung?“. Er war einer Einladung des Vorsitzenden der Marburger Hochschulgruppe des Liberalen Studentenbundes, Klaus Horn, gefolgt.

Während zahlreiche westdeutsche Bürger ihre Befriedigung über die Einladung Dr. Dieckmanns und über den Mut der Marburger Studenten zur Organisation dieser Veranstaltung zum Ausdruck brachten, organisierte die reaktionäre Presse seit Tagen zuvor eine wilde Hetzkampagne. Am Sonnabend wurde wohlwollend darüber berichtet, daß reaktionäre Studenten und radikale Verleumdungssteine vor dem Kurhaus Marbach dem DDR-Vertreter Moordrohungen zugerieten und schallend „handfeste Argumente“ in Form von Bierflaschen und Steinen durch die Scheiben in den Versammlungsraum schleuderten. Mit notorischem Schweigen wird dagegen die Tatsache übergangen, daß Dr. Dieckmann mit Beifall begrüßt wurde, als er zu Beginn der Veranstaltung an das Rednerpult trat.

In seinem Vortrag wies der Präsident der Volkskammer darauf hin, daß die DDR innerhalb von ein Jahr mehr als hundert Vorschläge zur Wiedervereinigung gemacht hat. Aus Bonn sei darauf entweder gar keine Antwort oder ein Nein gekommen. Er forderte Verhandlungen zwischen

beiden deutschen Staaten, um durch friedliche Vereinbarungen Möglichkeiten zur Beseitigung der durch die Pariser Verträge gegen die Wiedervereinigung geschaffenen Barrieren zu finden.

Im weiteren Verlaufe seines Vortrages sagte Dr. Dieckmann, die erste Aufgabe für beide deutsche Staaten müsse es gegenwärtig sein, zur Erhaltung und Sicherung des Friedens beizutragen. Aus dieser Verantwortung heraus habe die DDR der Bundesrepublik eine Vereinbarung über die Abrüstung Deutschlands vorgeschlagen. Mit großem Beifall qualifizierten die Anwesenden die Einladung Dr. Dieckmanns an „prominente Politiker der Bundesrepublik“, in der DDR ihren politischen Standpunkt darzulegen.

Wie der Volkskammerpräsident in einem Interview mit der „Thüringischen Landeszeitung“ berichtet, hat er bis gegen 22 Uhr etwa 25 Fragestellern trotz Stürversuchen auf Grund besserer Argumente Rede und Antwort gestanden. Dabei hatte sich vor dem Versammlungsraum eine Meute glänzender Personen ange-



Prof. Dr. Abendroth und Klaus Horn, Marburg, Dozent Dr. Ulrich Krüger und Dr. Walter Poeggel von unserer Juristenfakultät (von links nach rechts) beim Podiumsgespräch in Marburg.

## Einheit von Erziehung und Ausbildung

Von Rainer Broddack, Mitglied der FDJ-Kreisleitung

Mit großem Interesse verfolgen viele Lehrerstudenten unserer Universität die UZ-Diskussion zur Vorbereitung der Senatskonferenz, die am 24. Januar 1961 stattfindet. Seit Ende November des vergangenen Jahres werden in der Universitätszeitung Probleme der Erziehung und Ausbildung unserer Lehrerstudenten aufgeworfen und deren unbedingte Lösung begründet, und es hat sich schon eine stattliche Anzahl summiert. Es ergibt sich jetzt die Notwendigkeit, eine klare Orientierung zu erarbeiten, wie diese Probleme gelöst werden können.

Dabei können entscheidende Fortschritte nicht durch von einander losgelöst Bemühungen zur Lösung von Einzelproblemen erreicht werden, sondern nur, wenn von der Einheit der sozialistischen Lehrerpersönlichkeit her die Erziehung und Ausbildung in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit des Lehrkörpers aller an der Ausbildung beteiligten Institute und der FDJ gewährleistet ist.

Die Orientierung für die vor uns stehenden Aufgaben und ihre Lösung geben uns die Moskauer Erklärung, die Staatsratsklärung, das 11. Plenum und die in ihrer Auswertung gefällten Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrats zur weiteren Förderung und Sicherung der schöpferischen Arbeit der Lehrer und die des Büros des Zentralrats der FDJ über die Aufgaben der FDJ an den Einrichtungen der Lehrerbildung.

Der Lehrer muß die Kinder so erziehen und bilden, daß sie fähig und bereit sind, ihre Kräfte für den Sieg des Sozialismus und den Aufbau des Kommunismus einzusetzen.

Daraus ergeben sich zwei Hauptaufgaben, die aber nur in ihrem unmittelbaren Zusammenhang gelöst werden können.

Erstens die politisch-ideologische Erziehung zum sozialistischen Denken und Handeln und zweitens die Aneignung der sozialistischen Weltanschauung und hoher Kenntnisse sowie die Entwicklung der Fähigkeit, selbständig wissenschaftlich-schöpferisch zu arbeiten und die Kenntnisse in der praktischen Tätigkeit mit den Kindern und Schülern anzuwenden.

Der Zusammenhang besteht darin, daß durch eine geduldige und überzeugende Erziehungsarbeit zur Liebe zu den Kindern und zum Beruf eine solche Atmosphäre in der Gruppe geschaffen wird, daß jeder Student diszipliniert und gewissenhaft um die Bewältigung dieser Aufgaben ringt. Und gerade für Lehrerstudenten ist es doch auch ein wichtiges pädagogisches Ausbildungsproblem, geduldig und überzeugend erziehen zu lernen, indem man über die konkrete Aufgabenstellung und -erfüllung politisch diskutiert und eine richtige politische Entscheidung fällt.

In diesen beiden Aufgaben besteht auch der Inhalt der Bewegung um die „Sozialistische Studentengruppe“ an unseren Lehrgrundeinheiten. Nur durch den gemeinsamen Kampf der gesamten Gruppe, der sozialistischen Hilfe für den Schwächeren, der höheren Aufgabenstellung für die Besten, um die Leistungsdichte und die Breite der Seite zu vergrößern, können diese Aufgaben von der Seite des Jugendverbandes aus gelöst werden.

Die besonderen Aufgaben für die Lehrerstudenten müssen auch in den Kommissen der Grundeinheiten, Gruppen und Jugendfreunde zum Ausdruck kommen. Oft machen aber solche Aufgaben wie Studium der Moskauer Erklärung und Staatsratsklärung, konkrete Leistungsverpflichtungen, regelmäßige Studiengruppenarbeit, Aufbaustunden usw. schon den ganzen Kompaß aus.

Wir müssen aber die Aufgaben gelöst werden, wenn von der Schul-

(Fortsetzung auf Seite 4)

## TELEGRAMM

An den Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik Herrn Dr. Johannes Dieckmann Berlin Hochverehrter Herr Präsident! Für Ihr tapferes, unerschrockenes Auftreten in Marburg zollt Ihnen Dank und Anerkennung die Karl-Marx-Universität, die sich Ihnen als ihrem Ehrendoktor besonders eng verbunden weiß. Mit der Versicherung unverbrüchlicher Treue zur gemeinsamen guten Sache grüßt Sie Ihr Georg Mayer Rektor Leipzig, den 16. 1. 1961

## Dr. Dieckmann sprach in Marburg

## ERNENNUNGEN UND BERUFUNGEN

Der Staatssekretär für das Hochschulwesen ernannte:

Dozent Dr. med. vet. habil. Theodor Hiepe zum Professor mit Lehrstuhl für das Fachgebiet Veterinär-Parasitologie und berief ihn an die Humboldt-Universität Berlin.

Ernannt wurden weiterhin: Dozent Dr. med. vet. habil. Lothar Schröder zum Professor mit Lehrstuhl für das Fachgebiet Veterinär-Anatomie, -Histologie und Embryologie an der Veterinär-Medizinischen Fakultät.

Beauftragt wurden:

Dr. phil. Johannes Kalisch mit der Wahrnehmung einer Dozentur für das Fachgebiet Geschichte Polens an der Philosophischen Fakultät;

Dr. phil. Hans-Siegfried Schuster mit der Wahrnehmung einer Dozentur für Altorientalische Sprachen an der Philosophischen Fakultät.

Das Staatssekretariat für das Hochschulwesen bestellte Prof. Dr. Bahner als 2. Prodekan der Philosophischen Fakultät.